

16. IV. 1916

Städteblätter oder freie Zeitungen.

In der „Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften“ wurde vor einiger Zeit unter Vorführung eines umfangreichen statistischen Materials der Vorschlag gemacht, die Städte sollten eigene Stadtzeitungen begründen, indem sie Amtsblätter im eigenen Betrieb zu Nachrichtenblätter ausbauen, diesen die amtlichen Bekanntmachungen zur alleinigen Veröffentlichung vorbehalten und sie außerdem mit dem Monopol für den Arbeitsmarkt ausstatten, worauf sie dann, alle Möglichkeiten der Reklame und Anzeigengewinnungen ausnützend, auch die Familienanzeigen und Geschäftsanzeigen allmählich gewinnen und mit den übrigen Zeitungen erfolgreich in Wettbewerb treten können. Den einzelnen Haushaltungen in der Stadt sollten diese Stadtzeitungen unentgeltlich oder ganz billig zugestellt werden. So würden die Städte nicht nur viel Geld verdienen, was sie künftig gut gebrauchen könnten, sondern auch volkswirtschaftlich Nutzen stiften, indem sie den heimkehrenden Kriegern ganz billig oder umsonst den „Arbeitsmarkt“ in den Stadtzeitungen zur Verfügung stellten.

Da man einer Anzahl Städteverwaltungen dieses Projekt plausibel zu machen versucht hat, war es an der Zeit, eine sachliche Prüfung vorzunehmen.

Dieser Aufgabe unterzieht sich die letzte Nummer des „Zeitungsb-Verlags“. Die Nachrechnungen ergeben, daß die weitaus meisten der bisherigen städtischen Anzeigebblätter einen größeren Leserkreis nur dann haben, wenn sie sich an das freie Zeitungswesen anlehnen. Finanziell arbeiten sie zumeist mit Zuschüssen. Eine Ausnahme sind vier Blätter, die als „Amtsblätter“ blühen, weil sie seinerzeit, bevor der große Aufschwung des Zeitungswesens in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts einsetzte, bereits als vollausgebaute Zeitungen bestanden oder unentgeltlich auf dem Weg der Stiftung in den Besitz der betreffenden Städte gekommen sind. Zieht man aber bei diesen Blättern den Einnahmeausfall ab für die „ganz billige“ oder unentgeltliche Zustellung und die sonstigen, aus volkswirtschaftlichen Gründen empfohlenen unentgeltlichen Leistungen, dann ergibt sich auch in diesem Falle statt des Gewinns ein Defizit.

Außerdem stellt sich bei einer Untersuchung über die Herkunft der Arbeitsmarktanzeigen

heraus, daß gerade die Berufskreise, denen bei der Heimkehr der Krieger die neuen Stadtzeitungen mit billiger oder gar unentgeltlicher Inserierung des Arbeitsangebots helfen sollen, zumeist nicht die Tageszeitungen, sondern andere Arbeitsnachweise benutzen; und ferner, daß die Arbeitssuchenden, die jetzt die freie Zeitung benutzen, weil diese zugleich weit über den Erscheinungsort hinaus wirkt, bei einem Zwang zur Inserierung in der Stadtzeitung diese Wirkung ihrer Anzeige verlieren würden.

Somit kommt der „Zeitungsb-Verlag“ zu dem Schlussergebnis, daß die Städte sich mit diesen Stadtzeitungen ein zweifelhaftes Geschäft ausladen, und daß sie nur volkswirtschaftlich und gemeindepolitisch fragwürdige Zeitungsunternehmungen schaffen würden, die bei der Schwerfälligkeit einer Beamtenverwaltung geschäftlich nicht viel mehr erreichen, als daß sie das mit der Stadt gewachsene freie Zeitungswesen gewerblich unnützlich beunruhigen und beeinträchtigen.

Vor allem wird man aber dem Schlusatz zustimmen, daß die Betätigung des Bürger sinnes und die bürgerliche Freiheit auch ein freies, gewerblich gesundes und dem städtischen Beamtentum gegenüber unabhängiges Zeitungswesen verlangen, und daß die Städte zu ihrem Gedeihen nicht nur gute Finanzen gebrauchen, sondern auch gute Zeitungen. Wir möchten diesen Punkt noch ganz besonders unterstreichen. Die Gründung solcher mit politischem Text ausgestatteten Städteblätter würde eine ununterbrochene Versuchung für die mit der Aufsicht betrauten städtischen Organe sein, der bürgerlichen Selbstverwaltung oder auch einzelnen Bürgern gegenüber das Stadtblatt als Machtmittel zu benutzen, namentlich dann, wenn in der Bürgerschaft einzelne Parteien einander gegenübersehen.

Die Folgen wären Mißtrauen und Unrieben, die nirgendwo weniger erwünscht sind, als in der Leitung von Städten, wo eigentlich alles auf Eintracht und Vertrauen gestellt ist.

Zum Ansehen und zur Wohlfahrt der Städte gehört, seitdem das ganze Reich sozusagen eine große Gemeinde geworden ist, daß sie ein über die Stadt hinaus beachtetes freies Zeitungswesen haben — und behalten.